

Bürgerinformation Münsterland

Münsterländer

MÜLL- Zeitung

**Bürger für eine verantwortbare
Abfallpolitik im Münsterland:
Zehntausende wehren sich gegen
Müllverbrennungsanlagen!**

Münster / Münsterland. Ende vergangenen Jahres haben sich mehr als 20 Bürgerinitiativen aus allen Teilen des Münsterlandes und alle Kreis- und Ortsgruppen der Naturschutzverbände zu einem "Bündnis der Vernunft und des Augenmaßes" zusammengeschlossen, um den im Münsterland drohenden Weg in die "Müll-Sackgasse" zu verhindern und zukunftsweisende Schritte in eine vernünftige Abfallpolitik aufzuzeigen.

Mit dieser Ausgabe der **Bürgerinformation Münsterland** wollen die Initiativen und Verbände verdeutlichen, daß keineswegs nur die Bewohner der unmittelbar von einer möglichen Anlage betroffenen Gemeinden die Zeche zu bezahlen haben, sondern alle etwa 1,4 Millionen Einwohner der Kreise Borken, Coesfeld, Steinfurt, Warendorf und der Stadt Münster.

Wir berichten unter anderem:

- Wem eine MVA nützt und was sie uns kostet
- Welche MVA-Alternativen es gibt
- Was Ärzte zur Müllverbrennung sagen
- Worin die Hauptgefahren bestehen
- Welche Mengen es gibt und geben wird
- An wen sich der Bürger wenden kann

Stichwort 1: Investitionserleichterungsgesetz

Unter diesem "neutralen" Namen gibt es seit dem 1.5.1993 eine Reihe einschneidender Veränderungen im Abfallrecht, vor allem den Wegfall des Planfeststellungsverfahrens für MVA durch Verlagerung in das Bundes-Immissionsschutzgesetz (BImSch). Das Gesetz ist im Bundestag von der Opposition und im Bundesrat von fortschrittlichen Bundesländern heftig bekämpft worden. Es hat folgende Konsequenzen:

1. Der Betreiber einer MVA hat einen **Rechtsanspruch** auf Genehmigung der Anlage, wenn er bestimmte Grenzwerte für Giftstoffe einhält und die Müllverbrennung im Abfallwirtschaftskonzept des Kreises oder der Stadt vorgesehen ist.
2. Die **Sinnhaftigkeit** der Anlage und Alternativen dürfen nicht mehr geprüft werden; es entfällt die Planrechtfertigung.
3. Die **Zuverlässigkeit** eines Betreibers unterliegt nicht mehr der Prüfung; somit könnten auch Firmen, die schon "unangenehm" aufgefallen sind, eine MVA betreiben.
4. Die **Möglichkeiten der Mitsprache und Klagerechte** der Bürger sind drastisch eingeschränkt worden.

Stichwort 2: Technische Anleitung Siedlungsabfall

Ebenfalls 1993 ist dieses umfangreiche Regelwerk - gegen den erbitterten Widerstand verantwortungsbewußter Bundesländer - verabschiedet worden, auf das vor allem Nordrhein-Westfalen gedrängt hat. Es ist in wichtigen Teilen auf die **Erzwingung der Verbrennung** (über den Restorganik-Anteil) ausgerichtet.

Allerdings gibt es eine 6jährige Übergangsfrist und zudem muß die Bundesregierung bis Ende 1995 über die "Kalten Verfahren" (=Biologisch-mechanische Abfallbehandlung) berichten; andere Bundesländer wie Brandenburg und Niedersachsen nutzen die Möglichkeit, gemäß Nr. 2.4 der "TASI" diese "sanften" Verfahren zu genehmigen, wenn sie - mit Ausnahme der Restorganik - die anderen Vorgaben der "TASI" erfüllen. Mithin: **Durch die "TASI" wird kein Gesetz ist, kann kein Kreis zur Müllverbrennung gezwungen werden!** Dies wird nur von manchen Politikern und kommunalen Spitzenbeamten behauptet, um sich bei der MVA-Planung die Hände in Unschuld waschen zu können.

Wem die MVA nützt und was sie uns alle kostet

Würde Ihre Familie gern 1000,- DM pro Jahr sinnlos verbrennen?*)

½ Monatsgehalt für Müll!

Münsterland. Wenn erst einmal flächendeckend die Müllverbrennung eingerichtet ist, wird jeder der etwa 1,4 Millionen Einwohner des Münsterlandes diese mit Abstand teuerste Art der "Restmüll"-Behandlung etwa 350,- DM zusätzlich (!) kosten. Für eine dreiköpfige Familie wären das über 1000,- DM. Zusammen mit den übrigen Müllgebühren kann das leicht den Umfang eines halben Monatsgehaltes ausmachen.

Vermeidung wird bestraft

Alle diejenigen, die sich in den letzten Jahren um Abfallvermeidung durch einen möglichst müllarmen Einkauf bemüht haben (und dabei auch etwas mehr bezahlt haben), müssen sich verhöhnt sehen: mit der flächendeckenden Müllverbrennung entfällt jeder Anreiz zur Vermeidung. So zeigen

Spitze die Energieversorgungsunternehmen stehen. In unserem Raum sind das vor allem VEW und RWE, beides in zunehmendem Umfang auch Müllmonopolisten, die durch Aufkauf mittelständischer Entsorgungsfirmen und der Beteiligung an kommunalen Abfallwirtschaftsunternehmen inzwischen eine marktbeherr-

MVA-Betreiber haben kein Interesse an einer verantwortbaren und zukunftsweisenden Abfallwirtschaft, sondern auch die Anlagenbauer und Teile der chemischen Industrie, die einen wichtigen Absatzmarkt ihrer Produkte gefährdet sieht.

Verbrennungs-"Recht"

Von der Öffentlichkeit weitge-



auch die Städte und Kreise mit Müllverbrennung, daß Maßnahmen zur Vermeidung und Verwertung nur noch dann weitergeführt wurden, wenn sie deutlich billiger als die Verbrennung waren. Außerdem sind MVA auf gleichbleibendes "Futter" angewiesen; eine Verringerung der Müllmengen - insbesondere der gut brennbaren aus Kunststoff, Papier, Pappe, Biomüll usw. - ist überhaupt nicht im Interesse der MVA-Betreiber

Industrie als Nutznießer

Sieht man sich etwas genauer an, wenn die großtechnischen Müllverbrennungsanlagen mit ihrem mittlerweile auf rund 1.000 Millionen DM gestiegenen Preis eigentlich nützen, so stößt man auf ein dichtes Geflecht von Firmen, an deren

sichende Rolle einnehmen. Diese Konzerne verdienen am Müll, sie haben daher auch kein Interesse an Vermeidung.

Politiker als Handlanger?

Nun wäre dies alles - außer vom Standpunkt der Kartellbildung - noch akzeptabel, wenn es eine wirksame politische Kontrolle solcher Müllgiganten gäbe. Dies ist aber nicht so: Einerseits geben immer mehr Kommunen die Abfallwirtschaft aus der eigenen Hand in die der Müllfirmen und unterlaufen damit die demokratische Kontrolle über die Kreistage und Stadträte; andererseits gibt es auf allen Ebenen willfährige Politiker, die eine durchgreifende Abfallvermeidung und sinnvolle Verwertung verhindern. Denn nicht nur VEW und RWE als

hend unbemerkt, sind im vergangenen Jahr zwei für die Verbrennungslobby wichtige Vorschriften in Deutschland verabschiedet worden: Das unter einem absichtlich völlig irreführenden Titel am 1.5.1993 in Kraft getretene **Investitionserleichterungs- und Wohnbaulandsgesetz** (→ **Stichwort 1** auf S. 1) sowie die **Technische Anleitung Siedlungsabfall** (→ **Stichwort 2** auf S. 1). Zum Jahreswechsel schließlich wurden die Pläne der Bundesregierung bekannt, die **Verpackungsverordnung** (→ **Stichwort 3** auf S. 3) so zu ändern, daß eine Verbrennung auch des vom Dualen System Deutschland (DSD) eingesammelten Mülls mit dem **Grünen Punkt** (→ **Stichwort 4** auf S. 3) ermöglicht wird.

*) Geheimnisschleier um Müllverbrennungs-Kosten

Kostenberechnungen für MVA sind Betriebsgeheimnisse. Wir sind daher auf allgemeine Überlegungen angewiesen. Bei zwei MVA für das Münsterland sind die Ausgangsdaten: Herstellungskosten 2 Milliarden DM, Laufzeit ca. 20 Jahre, Durchsatz 500.000t/Jahr (ergibt eine rechnerische Umlage von 350kg/Einwohner).

Schon bei einer utopisch niedrigen Kapitalverzinsung von 10% und einer ebenso utopisch niedrigen Abschreibung von 5% des Anschaffungswertes beträgt der Verbrennungspreis 600 DM/t. 10% Kapitalverzinsung sind nur dann möglich, wenn der Investor sich keinerlei Risiken ausgesetzt sieht. Ansonsten ist ein Zinssatz von 16% oder mehr bei Groß-Investitionen nicht unüblich. Eine für den Gebührenzahler sehr unsichere Variable stellt die Abschreibung dar, falls sie sich auf den Wiederbeschaffungswert bezieht. Denn dieser kann auch nach Inbetriebnahme einer MVA durch "neue Erkenntnisse" neu festgesetzt werden. Dieser kalkulatorische Ansatz ermöglicht einen Markteinstieg zu Dumpingpreisen.

Zum Verbrennungspreis addieren sich Kosten für den laufenden Betrieb, Mülltransporte, Reparaturen, Filterwechsel mit anschließender Sondermüllverbrennung und/oder -deponierung usw.. Realistisch gesehen wird sich der Verbrennungspreis nach der Toleranzgrenze in der Bevölkerung richten, welche bekanntlich durch stetige Gewöhnung verschoben werden kann. Mittelfristig erwarten wir daher einen Verbrennungspreis von mind. 1000 DM/t. Das entspricht dem Verbrennungsanteil einer dreiköpfigen Familie - abzuwickeln über direkte Müllgebühren und Aufschläge auf Produktpreise (denn auch die Wirtschaft verbrennt).

Die Alternativen

"... aber irgendwas muß doch mit der Müllflut geschehen!"

Im Ruhrgebiet "Thermoselect"?, im Kreis Steinfurt "Schwelbrennverfahren"?, Matthiesen für "Rostfeuerung"!?; Umweltverbände und die bundesweite Aktion "Das bessere Müllkonzept" für "biologisch-mechanische Abfallbehandlung" (BMA) - die Verwirrung bei der Bevölkerung und vielen Mandatsträgern in Gemeinden, Städten und Kreisen ist groß. Die **Bürgerinformation Münsterland** bringt eine knappe Übersicht über die Verfahren und nennt die nötigen abfallpolitischen Rahmenbedingungen für den Einstieg in eine verantwortbare "Abfallzukunft".

Biologisch-mechanische Abfallbehandlung (BMA)

Die Biologisch-Mechanische Abfallbehandlung ist aus der im Prinzip sinnvollen gesetzgeberischen Vorgabe entstanden, keinen unvorbehandelten Müll mehr einfach auf Deponien abzukippen. BMA besteht aus zwei hintereinandergeschalteten Prozessen; nach der Abtrennung und Sortierung verwertbarer Stoffe wird der Restmüll - unter Zugabe von Prozeßwasser - "gemixt". Dabei werden noch vorhandene Leichtstoffe (z.B. Plastik) von der Oberfläche "abgekämmt". Im anschließenden biologischen Teil wird die Müllsuspension zuerst vergoren (bei Gewinnung des entstehenden Methangases für energetische Zwecke), anschließend an der Luft verrottet (ähnlich Kompostierung) und letztlich deponiert. Insgesamt wird eine Massereduzierung um etwa 50% erreicht (MVA 60%).

Wichtigste Vorteile dieses vom Prinzip her alten und von verantwortungsbewußten Politikern und Fachleuten empfohlenen Verfahrens sind:

- 1) Müllvermeidung ist ausdrücklich erwünscht,
- 2) die Kosten betragen nur ca. 25% einer MVA,
- 3) die Energiebilanz ist erheblich günstiger,
- 4) keine Schwermetall-Ausgang und Dioxin-Probleme,
- 5) keine Überwachungsbedürftigen hochgiftigen Reststoffe.

Die heißen Verfahren

Alle "heißen" Verfahren haben

drei entscheidende Nachteile:

1. Sie benötigen hochenergetischen Müll (damit es überhaupt brennt); deshalb soll die neue Verpackungsverordnung geringere Verwertungsquoten für Kunststoffe vorsehen. Man will

2. sie benötigen für die Laufzeit der Anlagen (etwa 20 Jahre) gleichbleibendes "Futur", damit sich die Investitionskosten in Milliardenhöhe "lohnen"; Müllvermeidung entfällt - nicht nur beim

Straßenbau - Filterstäube als "bergbauliches Wirtschaftsgut" in stillgelegten Bergwerken - alles unverantwortbare Risiken für spätere Generationen. Die **Rostfeuerung** ist das bisher übliche Uralt-Verfahren

tigkeitsgehalt des Mülls muß sogar zugeführt werden!

Das neue **Schwelbrenn-Verfahren** unterscheidet sich von der "klassischen" Rostfeuerung vor allem dadurch, daß vor die eigentliche Verbrennung eine Verschwelung des zerkleinerten Mülls unter Sauerstoff-Abschluß bei 450 °C geschaltet ist. Die dabei entstehenden Gase und der Kohlenstoff-Staub werden anschließend bei etwa 1300 °C verbrannt. Die Hersteller-Firma Siemens weist darauf, daß die "klassische" Müllverbrennung "jetzt langsam in die ökologischen Grenzwerte reinführt" (WN v. 1.12.1993), den heutigen Anforderungen also nicht mehr genügt.

Das **Thermoselect** genannte neue Verfahren hat aus unterschiedlichen Gründen viel Wirbel ausgelöst: Einerseits soll das Verfahren, das mit mehr als 2000 °C und angeblich in weitgehend geschlossenen Kreisläufen arbeitet sowie unterschiedlos allen Müll "verdaut", erheblich billiger sein als eine Rostfeuerungs- oder Schwelbrenn-Anlage (300 statt 1000 Mio DM bei ca. 250.000 t "Umsatz" pro Jahr); andererseits befürchtet das Kartell aus deutschen Anlagenbauern und Betreibern, daß ihnen ein Milliarden-Geschäft kaputt gemacht wird. So wundert es denn auch nicht, daß diese Firmen ein 21seitiges vertrauliches Gutachten verfassen ließen, das das Thermoselect-Verfahren als ungeeignet darstellt.

Nur Vermeidung hilft weiter!

aus der "gemeinsamen Erklärung zu einer vermeidungsorientierten Abfallpolitik" von allen großen deutschen Umweltverbänden, der Verbraucher-Initiative und den Verbraucher-Zentralen von Brandenburg, Bremen, Hamburg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen und Schleswig-Holstein:

- Ausschuß von Einwegsystemen, wo Mehrweg möglich ist
- Standardisierung von Verpackungsformen und -materialien
- Nur werkstoffliches Recycling darf anerkannt werden
- Industrie und Handel müssen Verwertungsnachweise führen
- Recyclingverfahren nur bei tatsächlicher Umweltentlastung
- Verbot von schädlichen Verpackungsmaterialien (z.B. PVC)
- Vorrang für Nachfüllsysteme und unverpackte Waren
- Ausweisung der Verpackungskosten auf den Waren
- Keine Monopolisierung der Abfallwirtschaft
- Keine Verfilzung mit den Strom-Monopolisten

Hier wird deutlich, daß bei allen notwendigen Anstrengungen auf der kommunalen Ebene (flächendeckende Bio-Tonne, Abtrennung verwertbarer Stoffe, flächendeckende Einrichtung von Sammelstellen u.v.m.) der entscheidende Hebel für eine wirklich durchgreifende Abfallvermeidung bei Bundestag und Bundesrat liegt! Der einzelne Bürger hat oft gar nicht die Möglichkeit - oder nur zu überhöhten Preisen - abfallarm einzukaufen. Beispiel: So lange die Milch in der Verbundverpackung mehrere Groschen billiger ist als in der Flasche, kann man von einer Familie mit Durchschnittseinkommen diese Zusatzausgabe - die sich bei mehreren Kindern leicht zu einigen "Blauen" im Jahr addiert - nicht ernsthaft verlangen.

- nach dem Motto "getrennt sammeln - vereint verbrennen" - einen Teil des über den "Grünen Punkt" von den Bürgern getrennt gesammelten Mülls für die MVA's reservieren.

Bürger, sondern zum Teil auch bei Gewerbe und Industrie; 3. es entstehen schadstoffreiche Schlacken und hochgiftige Filterstäube. Die etwa 6000 m³ Rauchgase/ werden über das Land verteilt. Schlacke im

der Müllverbrennung, bei dem der unsortierte Müll auf einem Rost bei Temperaturen bis etwa 1200 °C verbrannt wird. Insgesamt ist die Energiebilanz einer MVA negativ; je nach Zusammensetzung und Feuch-

Gift über'm Land - fordert Widerstand!

Ärzte gegen Müllverbrennung

Ärzte in Deutschland heizen den Müllverbrennern immer stärker ein. Nicht nur die intern. Ärztevereinigung IPPNW, auch der Deutsche Ärztetag hat die Müllverbrennung als besonders belastendes Verfahren bezeichnet und forderte per Resolution, daß "die Müllverbrennung zugunsten anderer, weniger belastender Verfahren" eingeschränkt wird. Auch im Münsterland kämpfen Ärzte - z.B. durch Zeitungsanzeigen - gegen die von MVA's ausgehenden Gefahren. Aber was geschieht? Das Kreisgesundheitsamt Steinfurt plappert die Propaganda-Parolen der Verbrennungs-Lobbyisten nach. Wer da wohl den Stift geführt hat?

Auch bei den behördlichen "Informationsveranstaltungen" werdendie gesundheitlichen Probleme der Müllverlagerung in die Atmosphäre stets verneint.

Was die Bürgerinnen und Bürger nicht völlig verzweifeln läßt ist der Umstand, daß es Ärzte, Toxikologen und Chemiker gibt, die politischem und anderem Druck standhalten, die ihrem Gewissen folgen und eben keine Handlangerdienste leisten.

Aus den Erfahrungen mit manchen Politikern und abhängigen "Gutachtern" ergibt sich die Bitte tausender Bürger aus dem Münsterland an "ihre" Ärzte: Stehen Sie uns bei - wie Ihre Kolleginnen und Kollegen dies eindrucksvoll in Kamp-Lintfort getan haben - beim Kampf gegen diese Technik. Wir sind keine "Endlager" und unsere Kinder kennen die "Grenzwerte" noch nicht, die sie ertragen sollen.

Gifte aus Müllverbrennungsanlagen

Tausende von - weitgehend in ihrer genauen Zusammensetzung und Wirkungsweise unbekannten - chemischen Verbindungen entstehen allein in den Verbrennungsgasen einer MVA. Unkontrollierbar sind die hochgiftigen und leicht flüchtigen Schwermetalle wie z.B. Cadmium und Quecksilber. Die Grenzwerte der 17. Verordnung zum Bundes-Immissionsschutz-Gesetz sind einerseits rein "politische" Grenzwerte, die über das Langzeitverhalten der Schadstoffe nichts aussagen; andererseits kann sich kein Bürger darauf verlassen, daß sie auch wirklich kontinuierlich eingehalten werden. Im übrigen können sich die Ultragifte Dioxine und Furane nach Verlassen der Filter neu bilden. So ist es denn auch kein Wunder, daß MVA's erhebliche sog. "Sicherheitsabstände" zu "sensiblen" Nutzungen aufweisen müssen. Indirekt wird damit sogar "amtlich" deutlich, daß sie so harmlos nicht sind, wie die politischen, behördlichen und industriellen "Pyromanen" uns immer vorgaukeln.

In der Schlacke sind die nicht-flüchtigen Schwermetalle und andere Schadstoffe gebunden - allerdings im Gegensatz zu den Behauptungen der Müllverbrenner eben nicht für alle Zeiten. So dürfen sie z.B. im Wasserbau nicht eingesetzt werden - warum wohl? Und die immer wieder beschworene Verwendung im Straßenbau (ganz abgesehen davon, daß wir sowieso nicht noch mehr Straßen brauchen) ist ein unverantwortliches Spiel mit dem Gift. Also müssen auch die Schlacken irgendwo deponiert werden - immerhin rund 300 kg pro t Müll.

Schließlich sollen auch die etwa 30 kg Flugasche und Filterstäube nicht vergessen werden, die ein hochkonzentriertes Giftcocktail darstellen. Zu guter Letzt: Wer macht sich eigentlich Gedanken darüber, wie diese Gifte in den Müll gelangen, damit man ihr "Eindringen" an der Quelle verhindert?

Konstruktive Bürger-Unruhe im Münsterland

Wie wir alle ☹️🙄😬 den Weg in die Sackgasse verhindern können

Das Münsterland steht auf!

Münsterland. Nicht nur an den möglicherweise betroffenen Standorten proben die sonst eher bedächtigen Münsterländer den Aufstand: Tausende von Bürgern kommen zu den verschiedenen Versammlungen, um sich zu informieren - aber auch, um zu erleben, wie sie von Verwaltungsspitzen und deren sogenannten "Gutachtern" (darunter ein selbsternannter "Experte für Konfliktmanagement" [MZ]) für dumm verkauft werden sollen. Die folgenden Kurzberichte zeigen, daß sich überall vielfältige Aktivitäten entwickelt haben; sehr zur Enttäuschung mancher Verbrennungslobbyisten durchgängig nicht nach dem Sankt-Florians-Prinzip ("Verschon mein Haus, zünd' andre an!"), sondern in dem Bewußtsein, nur gemeinsam den Weg in die "Müll-Sackgasse" verhindern zu können.

Münster/Universität

Die Ökologiefakultät der Studiendenschaften haben sich jetzt zu einer landesweiten Koordination zusammengeschlossen, um einen "ökologischen Durchbruch" in den Menses zu erreichen. Sowohl die Menses als auch die Universitäten sind in der Müllvermeidung absolut rückschrittlich. Die Mülltrennung war noch kürzlich ein Fremdwort und wird erst jetzt langsam begonnen. Hunderte Tonnen Müll können hier vermieden oder verwertet werden. Damit hätten die Hochschulen in Münster Vorbildfunktion für andere Kantinen und Verwaltungen im Münsterland.

Im potentiell betroffenen Stadtteil Coerde (übrigens direkt an der Grenze zu einem Naturschutzgebiet und dem Europapark "Rieselfelder Münster") hat sich eine BI gebildet; Mitstreiter sind ferner die BI gegen das geplante riesige Industriegebiet im Süden von Münster bei Amelsbüren sowie verschiedene Gruppen und Verbände.

Ansonsten verharnt Münster in geradezu westfälischer Ruhe - offenbar kann sich niemand so recht vorstellen, daß das, was die "Offiziellen" in Münster angesichts des recht zügig vorangetriebenen Abfallwirtschaftskonzeptes immer weit von sich gewiesen haben, Wirklichkeit werden könnte. Hoffentlich gibt es kein böses Erwachen!

Kreis Warendorf

Im Kreis Warendorf gibt es offiziell keine MVA. Mit der Aussage, daß auch keine gebaut werden soll, wird die Bevölkerung betrogen. Denn hier gibt es die Zementindustrie, in der Müll verbrannt wird. Der Kreis hat in Form von Zementwerken die dichteste Konzentration an MVA in Westeuropa. Ob die Bürger auf Dauer in ihren Häusern zementgebundene Verbrennungsrückstände verbauen wollen, sei dahingestellt. Der BUND unterstützt zwei Bürgerklagen gegen die Verbrennung z.B. von täglich 144 t PCB-haltigen Altöls bei der Fa. Anneliese und 24 t verseuchter

Sensibilisiert ist sie zu genüge, denn seit langem schon hat sich eine Kreisratsmehrheit für die Müllverbrennung ausgesprochen.

Unter dem Druck der Bürgerproteste - vor allem in Ibbenbüren, Greven/Emsdetten, Altenberge, Nordwalde und Rheine - gerät diese Meinung (eine formale Entscheidung ist noch nicht getroffen) offensichtlich ins Wanken: Die SPD-Fraktion hat inzwischen die Erstellung einer Kurzstudie über die Biologisch-Mechanische-Abfallbehandlung beantragt.

Durch seine Aussage, "er wolle sich mit Vehemenz für den Standort Rheine ein-

Kreis Borken

Eine ganze Kreisstadt verliert allmählich die Fassung: Nach den Planungen für eine Sondermülldeponie in Westerborken und dem Wirrwarr um die Kreishaushaltsdeponie Velen nun noch ein MVA-Standort! Wie ein Wirbelsturm bricht sich über die lokalen Zeitungen die Wut der Bürger Bahn - vor allem auch gegen den Oberkreisdirektor Pingel, der schon zuvor durch die Gutachtenvergabe an die DPU aufgefallen war.

Massive Widerstände auch in Bocholt und Legden; nur durch einen Zufall kam dank Radio Kiepenkerl Anfang Januar heraus, daß die VEW-Tochter "Harpener AG" schon am 25.11.1993 eine Kaufoption für einen MVA-Standort Legden abgeschlossen hatte. OKD Pingel begründete dies vor mehr als 1000 Legdenern so: "Wie sollen wir sonst einen Standort sichern?" Also: liebe MitbürgerInnen, schaut Euch um, ob Ihr irgendwo "VEW-verdächtige" Gestalten an Grundstücken im Grünen entdeckt; Es könnte der nächste MVA-Standort sein!

Kreis Coesfeld

Die Bürgerinitiative "LUV" in Lüdighausen hat nachgewiesen, daß die Müllentsorgung umweltschonend auch ohne Müllverbrennung langfristig gesichert werden kann. Das Restmüllaufkommen hat sich in den letzten Jahren drastisch reduziert (von 178.400t 1989 auf 75.000t 1993), obwohl das Vermeidungs- und Verwertungspotential auf Kreis- und Gemeindeebene noch längst nicht ausgeschöpft ist. Die neue Deponie Höven II wird eine Laufzeit von etwa 25-30 Jahren haben. Neben Lüdighausen gibt es noch weitere sehr aktive Bürgerinitiativen wie z.B. in Dülmen und in Olfen, wo der Zusammenhang zwischen der am 19.1.1994 in einem Teilabschnitt vom Oberverwaltungsgericht Münster "gekloppten" B474n und einem möglichen MVA-Standort Lüdighausen aufgezeigt wurde.

Sehr intensiv beschäftigt man sich in Lüdighausen auch mit den vielfältigen Geschäftsbeziehungen und sonstigen Verflechtungen der an der Müllverbrennung im Münsterland beteiligten und interessierten Firmen, Politikern und Verwaltungsbediensteten.

Aktionen Aktivitäten Initiativen Ideen

Zeichen setzen für eine verantwortbare "Müll-Zukunft"!

Großer Münsterland-Abfallkongreß

am Samstag, 26.02., ab 11.00 Uhr
in Legden "Dorf Münsterland" Haidkamp 1

Diskussionsrunden, Strategieggespräche, Fachvorträge

Politiker und Umweltexperten: Fragen und Antworten

Alle EinwohnerInnen des Münsterlandes sind betroffen und herzlich eingeladen!

Bürgerinitiativen und Umweltverbände des Münsterlandes

Böden bei Readymix.

Kreis Steinfurt

Seit Jahren setzen sich hier Umweltverbände und Bürgerinitiativen energisch für Müllvermeidung und -verwertung ein. So konnten sie auf Kreisebene den Einstieg in die Kompostierung erzwingen. In der Bevölkerung hat sich nach Bekanntgabe möglicher Standorte für die MVA ein massiver Widerstand gebildet.

setzen" verschreckte Rheines Stadtdirektor Ricken (gleichzeitig wie sein OKD Beiratsmitglied bei der VEW) Bürger und sogar Parteien. Zudem stellte sich heraus, daß bereits Wochen vor Bekanntgabe des Gutachtens Vertreter der VEW im Auftrag des Steinfurter Oberkreisdirektor Hoffschulte versucht hatten, eines der in Aussicht genommenen Grundstücke aufzukaufen. Der Kauf scheiterte allerdings am Widerstand der Eigentümer.

So können Sie weiter zur politischen Willensbildung beitragen: Schneiden Sie die nachstehenden Vordrucke aus und senden Sie sie an Ihre(n) Bundes- bzw. Landtagsabgeordnete(n) nach Bonn bzw. Düsseldorf (links) oder an Ihre(n) Kreistagsabgeordnete(n) an die jeweiligen Kreistage in Coesfeld, Borken, Steinfurt, Warendorf bzw. an den Rat der Stadt Münster!

An die Damen und Herren Bundes- und Landtagsabgeordnete

Betr.: Müllverbrennung im Münsterland
Keinerlei Verständnis habe ich - und viele meiner Freunde und Bekannten - dafür, daß die Verpackungsverordnung noch weiter aufgeweicht werden soll. Ich bitte Sie nachdrücklich darum, sich im Bundestag bzw. über den Bundesrat dafür einzusetzen, daß endlich eine durchgreifende Müllvermeidung beschlossen wird. Dann sind nämlich auch die Milliarden DM, die jetzt für die unsinnige und gesundheitsgefährdende Müllverbrennung eingesetzt werden sollen, sinnvoller zu verwenden. Außerdem erwarte ich, daß die Müllverbrennung wieder in das Abfallrecht überführt wird, damit ordnungsgemäße Verfahren mit UVP und Bürgerbeteiligung stattfinden können.

Mit freundlichen Grüßen

An die Damen und Herren Kreistagsabgeordnete / Ratsmitglieder

Betr.: Müllverbrennung im Münsterland
Mit zunehmendem Unverständnis müssen wir das Verwirrspiel um die Müllverbrennung im Münsterland mit ansehen. Wir bitten Sie nachdrücklich darum, sich 1. über Ihre Kreispartei an die Landes- und Bundespartei zu wenden, damit endlich mit der Müllvermeidung ernstgemacht wird und 2. im Kreistag / Stadtrat für eine Änderung des Abfallwirtschaftskonzeptes einzusetzen, damit eine "Kalte Vorbehandlung" unter den Rahmenbedingungen z.B. des Landes Niedersachsen eingeführt wird. Meine Stimme wird bei den Kommunalwahlen derjenige erhalten, der sich für eine verantwortbare Abfallpolitik einsetzt!

Mit freundlichen Grüßen

Stichwort 3: Verpackungsverordnung

Diese Bundesverordnung vom 12.6.1991 legt u.a. fest, daß ab dem 1.1.1993 bestimmte Verpackungsmaterialien zu einem bestimmten Prozentsatz erfaßt und von diesem Anteil wiederum ein Anteil stofflich verwertet (d.h. nicht verbrannt!) werden muß. Beispiel: Von Kunststoffen müssen seit 1.1.1993 30% erfaßt und davon 30% verwertet werden, macht nach Adam Riese nur 9% Verwertung! Werden die ohnehin laschen Vorgaben der VerpVO nicht erfüllt, tritt die Rücknahmepflicht des Handels in Kraft (wogegen der sich natürlich wehrt).

War schon die bisherige VerpVO unzureichend - auch weil viele Verpackungen aus Verbundstoffen und Kunststoff-Gemischen gar nicht sinnvoll stofflich verwertet werden können - so ist der jetzt vorliegende Entwurf für eine neue VerpVO noch unwirksamer; vor allem aber soll er - was bisher nicht möglich war - die Verbrennung derjenigen Verpackungen zulassen, für die keine Verwertungskapazitäten bestehen!

Stichwort 4: Der Grüne Punkt

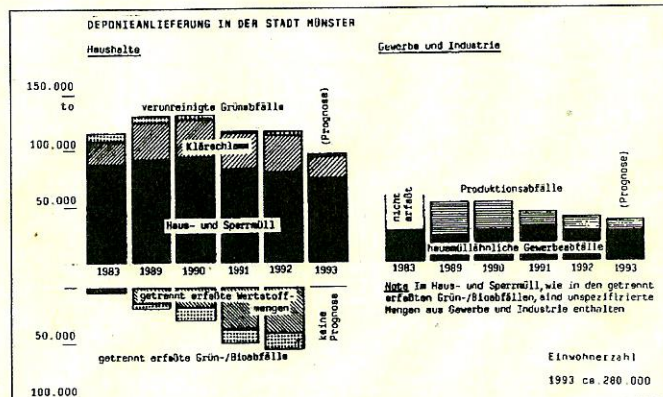
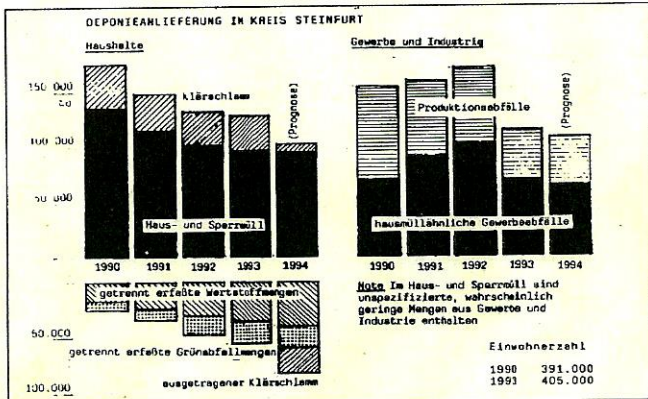
Um dem Handel die Rücknahmepflicht für Verkaufsverpackungen zu ersparen, wurde mit der Duale System Deutschland GmbH (DSD) eine Firma gegründet, die seit dem 1.1.1993 die meisten Verpackungsmaterialien einsammelt und der Verwertung zuführen soll. Die entsprechenden Verpackungen tragen als Symbol den Grünen Punkt. Das ganze System hat sich sehr schnell als Etikettenschwindel entpuppt: Während die Bürger fleißig trennten und sammelten, stapelten sich die Gelben Säcke in riesigen Lagern oder wurden als "Wertstoffe" ins Ausland bis nach Ostasien verschoben, weil es Verwertungsmöglichkeiten nicht gibt und z.T. sinnvoll auch gar nicht geben kann. Der Grüne Punkt suggeriert Umweltverträglichkeit - in Wirklichkeit ist er ein Symbol für die Wegwerfmentalität. Nachdem jetzt auch noch die Entsorgungsindustrie beim DSD eingestiegen ist, ist auch der letzte Rest Glaubwürdigkeit dahin.



VORSICHT EINWEG !

Schluß mit dem Verwirrspiel!

Daten und Fakten zum Abfall am Beispiel Steinfurt und Münster



Nachfolgend werden nur die zur Verbrennung vorgesehenen Müllfraktionen besprochen - also nicht Bodenaushub, Straßenaufbruch, Bauschutt usw.. Die Graphiken basieren auf amtlichen Zahlen des Kreises Steinfurt und der Stadt Münster.

Kreis Steinfurt. Die Deponieanlieferung für Haus- und Sperrmüll zeigt seit 1990 sinkende Tendenz. Diese ist zurückzuführen auf die im Umfang zunehmende Getrenntsammlung von Papier, Glas, Metall, Gartenabfällen und nicht zuletzt auf die engagierte Abfallberatung durch Kreis und Kommunen. Die "Wertstoff"sammlung des DSD (Grüner Punkt) schlug 1993 mit etwa 4000 t (2%) zu Buche. Die kommunalen Stoffsammlungen bedürfen allerdings noch der weiteren Optimierung: Betrug 1993 das Restmüllaufkommen aus Haushalten pro Einwohner und Jahr in Nordwalde 127 kg, so waren es in Ibbenbüren und Rheine noch 250 kg (Kreisdurchschnitt 237 kg). Die vom Kreis für 1994 prognostizierte Hausmüllmenge von 95.000 t läßt sich

um weitere 30.000 t Garten- und Küchenabfälle verringern. Hinzu kämen noch 5.000 t Elektronikschrott, deren Einsammlung in Form eines Pilotprojektes gerade anläuft.

Eine lückenlose, kreisweite Getrenntsammlung von oben genannten und weiteren Stoffen (Textilien, Schuhe usw.), in Verbindung mit der für 1994 vorgesehenen Anhebung der Deponiegebühr um 145% (von 66 auf 161 DM/t) dürfte die Restmüllmengen aus Haushalten innerhalb einiger Jahren gegen 100 kg pro Einwohner und Jahr reduzieren. Wie sehr eine gezielte Gebührenpolitik Müllmengen regulieren kann, zeigte schon der schlagartige Rückgang an hausmüllähnlichen Gewerbeabfällen und Produktionsabfällen im vorigen Jahr (-33%) infolge der Gebührenerhöhung vom 01.01.1993.

Das DPU-"Gutachten" prognostiziert für das Jahr 2005 eine Restmüllmenge von 145.000 t. Diese sei zu verbrennen. Tatsächlich aber liegt dieser Wert schon heute in greifbarer Nähe und dürfte bis zum Jahre 2005 erheblich unterschritten werden.

Stadt Münster. Auch hier nehmen die Restmüllmengen trotz Bevölkerungszuwachs ab. Das münsteraner Konzept der Getrenntsammlung ist bundesweit als mustergültig bekannt. Dennoch liegt die jährliche Restmüllmenge von 267 kg pro Einwohner noch über dem Durchschnitt des Kreises Steinfurt. Das mag damit zusammenhängen, daß die in Münster praktizierten Bringsysteme den Bedürfnissen einer Raderstadt nicht optimal entsprechen. Bis ca. 1996 sollen organische Abfälle durch eine flächendeckende Einführung der Biotonne gänzlich aus der Restmülltonne verbannt werden. Das wird die Deponieanlieferung um ca. 20.000 t entlasten. Auch wird die Deponierung von Klärschlamm durch vermehrte Austragung auf Ackerflächen zukünftig zurückgeführt. Diese Maßnahmen, zusammen mit einer Effizienzsteigerung der vorhandenen Sammelsysteme und der kürzlich erfolgten Deponiegebührenanhebung von 90 auf 130 DM/t, dürften die Restmüllmengen aus Haushalten erheblich verringern. Auch hier ist die von der DPU für das

Jahr 2005 vorausgesagte Restmüllmenge von 107.000 t zu hoch gegriffen, denn schon 1993 war diese Zahl nahezu erreicht.

Aussichten: Auch eine lückenlose Getrenntsammlung von Wertstoffen kann die Restmüllmengen nicht gegen Null reduzieren. Beim Haus- und Sperrmüll dürfte bei ca. 100 kg/Einwohner das Minimum erreicht sein. Um die Müllmengen weiter zu verringern, müssen Vermeidungs- und Verwertungskriterien grundlegend in Produktionsprozesse Eingang finden. Das kann allerdings nur über eine politische Weichenstellung zur Schaffung entsprechender marktwirtschaftlicher Anreize gelingen. Davon sind wir z. Zt. jedoch weit entfernt. Denn mit Unterstützung aus Politik, Industrie und Wissenschaft sichern sich die Entsorgungskonzerne schon heute die zukünftig auszubehutenden Müllmengen.

Sie sind nicht allein: Adressen von Bürgerinitiativen und Verbänden im Münsterland:

Natur- und Umweltschutzverbände

NABU Münster, Grevenstr. 167, 48159 Münster
 NABU Steinfurt, Gantenstraße 19, 48565 Steinfurt
 NABU Warendorf, Am Elsaßwäldchen 8, 59320 Ennigerloh
 NABU Borken, An der Königsmühle 3, 46359 Bocholt
 NABU Coesfeld, Tellenstraße 10, 48249 Dülmen-Buldern
 BUND Steinfurt, Wagenfeldstraße 39, 48565 Steinfurt
 BUND Borken, Hofmäte 26, 48683 Ahaus
 BUND Coesfeld, Gutenbergstraße 17, 48249 Dülmen
 BUND Münster, Kettelerstraße 24, 48147 Münster
 BUND Warendorf, Nordstraße 2, 48324 Sendenhorst
 ANTL, Querenberg 110, 49479 Ibbenbüren
 LNU, Jupiterweg 18, 48163 Münster
 Natur- und Vogelschutzverein, Goldstraße 7, 46325 Borken
 BUND-Landesverband, Graf-Adolf-Str. 6-8, 40878 Ratingen
 NABU-Landesverband, Am Lippegelack 10, 46483 Wesel
 Landesgemeinschaft Naturschutz u. Umwelt, Zum Heimerich 14, 59757 Arnsberg

Umwelt-Bürgerinitiativen im Münsterland

BI Ibbenbüren, Dompfaffweg 20, 49479 Ibbenbüren
 BI Westerkappeln, Heerstraße 42, 49492 Westerkappeln
 BI Ochtrup, Oster 75, 48607 Ochtrup; BI Beckum, H.-Zille-Str. 54, 59269 Beckum
 BI Tecklenb./Ledde/Leeden, Danebrock 3, 49545 Tecklenburg
 BI Altenberge, Grüner Weg, 48341 Altenberge
 BI Nordwalde, Merschkamp 26, 48356 Nordwalde
 BI Rheine, Hafenstr. 22, 48432 Rheine; BI, Dresdnerstr. 11, 59320 Ennigerloh
 BI Greven/Emsdetten/Saerbeck, Drosselweg 59, 48286 Greven
 BI Dülmen, Lüdinghauserstr. 7, 48249 Dülmen
 BI Lüdinghausen, Ermen 42, 59348 Lüdinghausen
 BI Olfen, Am hohen Ufer 39, 59399 Olfen
 BI Senden-Bösensell, Am Helmerbach 12, 48303 Senden
 BI Borken, Narzissenstr. 9, 46325 Borken
 BI Westerborken, Westerborkenerstr. 28, 46325 Borken
 BI Bocholt, Beethovenstr. 1, 46359 Bocholt
 BI Amelsbüren, Haus Kappenberg 50, 48163 Münster
 BI Coerde, Coerder Liekweg 31, 48157 Münster
 BI Legden, Hauptstr. 44, 48739 Legden

Spendenaufwurf!

Diese Zeitung ist von vielen Helferinnen und Helfern im Dienste der Sache verteilt worden. Die Druckkosten für diese Auflage wurden i.w. von BUND und NABU mit ihren Untergliederungen beigesteuert bzw. vorgestreckt. Einiges fehlt uns noch, zumal es noch zwei weitere Ausgaben der **Bürgerinformation Münsterland** geben soll!

Damit Sie sicher sein können, daß ihre Spende (Spendenquittung auf Wunsch) nicht in dunkle Kanäle geht, haben wir ein Sperrkonto als Spendenkonto eingerichtet:

Stadtparkasse Münster, Kontonummer 16 003 956, BLZ 400 501 50, Stichwort "Müllkampagne Münsterland".

Der BUND-Bundes- und Landesverband Nordrhein-Westfalen bietet (in begrenzter Stückzahl) **weitergehende Informationen** zu den Themen (Sonder-)Müll, Verpackungs-Verordnung und "Grüner Punkt" an. Die Landesgemeinschaft Naturschutz und Umwelt hat eine **Broschüre** zur Müllvermeidung erstellt, die bei der o.a. Adresse angefordert werden kann.

Das Entstehen dieser **Bürgerinformation Münsterland** haben auch etliche gesellschaftliche Gruppen unterstützt; zu den Erstunterstützern gehören u.a. der ASa der Universität Münster, Bündnis 90/Die Grünen Münster, Senden, Dülmen, Jungsozialisten in den Unterbezirken Münster und Warendorf sowie die Jungdemokraten Nottuln. Weitere Gruppen sind herzlich willkommen!